

17. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE und PI-RATEN bei Enthaltung LINKE
An Haupt – nachrichtlich an ITDat und WiFoTech

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung
vom 4. Dezember 2013

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0951
Gesetz über eine Übernachtungssteuer in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0951 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisher einzige Satz wird der neue Absatz 1.
- b) Es wird folgender neuer Absatz 2 angefügt:

„(2) Hat der Gast hinsichtlich der beruflichen Veranlassung seiner Übernachtung falsche Belege vorgelegt oder falsche Angaben gemacht, haftet er für die entgangene Steuer. § 219 der Abgabenordnung gilt in diesen Fällen nicht.“

2. In § 13 wird das Datum „1. Juli 2013“ geändert in „1. Januar 2014“.

Berlin, den 4. Dezember 2013

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

Cornelia Seibeld

einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, LINKE und PIRATEN
An Plen

**Hierzu:
Beschlussempfehlung**

des Hauptausschusses
vom 11. Dezember 2013

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0951
Gesetz über eine Übernachtungssteuer in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0951 – wird gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 4. Dezember 2013 angenommen.

Berlin, den 11. Dezember 2013

Der Vorsitzende des Hauptausschusses

Fréderic Verrycken